PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(LINKSOPPOSITION)

10 Nummern S 1.50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119 471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10. Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | März 1933 | 7. Jahrgang, Nr. 122

Krieg!

Jetzt ist er wirklich da, der Krieg, der große Krieg. Zunächst im Osten. Der Krieg um die Aufteilung Chinas, der Krieg, der Sowjetrußlands Position im Osten bedroht.

Japan ist der Angreifer, hinter sich England und Frankreich. Amerika unterstützt China finanziell, mit Kriegsmaterial und mit der Konzentration seiner Kriegsflotte in Hawai.

Die nationale Revolution in China erhält neuen Antrieb. Die chinesische Bourgeoisie ist bei Strafe der Zerstückelung Chinas gezwungen, die nationale Revolution zu mobilisieren. Die proletarisch revolutionäre Bewegung gewinnt so größeren Spielraum und gewaltigen Antrieb. Der Krieg im Osten ist Motor der Revolution in China und Indien.

In Südamerika tobt der Vorpostenkrieg zwischen den Reserven Englands und Amerikas.

Europa geht im Eilschritt dem Krieg entgegen. Auf der einen Seite steht Frankreich mit der Kleinen Entente und Polen. Der Hauptgegensatz zu Amerika zwingt England an Frankreichs Seite. Auf der anderen Seite steht Italien, Deutschland, Ungarn.

Jetzt tobt der Kampf zwischen den kapitalistischen Räubern um die letzte Rüstung zum Krieg und ums Aufmarschgebiet, um — Oesterreich. Hirtenberg zeigt das im bengalischen Licht. Die österreichische Bourgeoisie schwankt zwischen beiden Mächtegruppen hin und her mit immer deutlicherer Tendenz zur italienischen Orientierung.

Unter der Losung «Neutralität» fördert die Sozialdemokratie den französisch-englischen Imperialismus. Die Arbeiterschaft aber muß kämpfen gegen j e d e n Imperialismus, muß kämpfen gegen alle kapitalistischen Banditen im Bündnis mit den Arbeitern aller Länder, müssen kämpfen gegen den Imperialismus, indem sie vor allem bekämpft die eigene, die österreichische Bourgeoisie, mit der die Sozialdemokratie unter allen möglichen Formen «zusammenwirkt».

Immer näher rückt die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland. Die Stalinbürokratie sucht Schutz hinter pazifistischen «Nichtangriffspakten». Stalin will Sowjetrußland vor den imperialistischen Banditen schützen durch Verträge zum Schutze des Friedens — mit den kapitalistischen Banditen. Um dieser stalinschen «Nichtangriffspakte» willen darf die Kommunistische Internationale jetzt, da sich der faschistische Angriff zum tödlichen Streich gegen das deutsche Proletariat zusammenballt, nichts tun, nicht einmal den Mund aufmachen, denn das wäre ein Verstoß gegen die «Nichtangriffspakte». Dabei binden diese Verträge der Sowjetmacht die Hände, den imperialistischen Räubern aber lassen sie zur Vorbereitung des kriegerischen Ueberfalles genau so viel Zeit, als die imperialistischen Räuber wollen. In dem Moment, wo es ihnen paßt, werden die Räuber den Fetzen der «Nichtangriffspakte» hohnlachend hinwerfen. Die «Nichtangriffspakte» sind ein Teil der national-reformistischen Politik Stalins.

Sofortige Umkehr zur Politik Lenins, die jetzt auch zum Kampf gegen den Krieg vor allem fordert international und national die Herstellung der proletarischen Kampfeinheitsfront!

Kampfeinheitsfront

Auf jede Stunde kommt es an!

Der von langer Hand vorbereitete und schon seit Wochen für Ende Februar, Anfang März angesetzte faschistische Entscheidungsangriff ist mitten im Gang. Auf das schärfste steigert der Faschismus die Terroroffensive gegen die deutsche Arbeiterklasse. Verbot der kommunistischen, Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen. Parteihäuser werden besetzt, zerstört, die Führer verhaftet, die Arbeiter gemordet, kommunistische, sozialdemokratische. Die Nazihorden sind als Hilfspolizei eingestellt, können sengen, brennen, morden nach Belieben. Der Parlamentsbrand dient als verbrecherisches Mittel zur Befeuerung der Terroroffensive. Wer das Feuer legen ließ? Diejenigen, die das Feuer brauchen, um ihre mörderischen Pläne, für das Standrecht das sie verhängen, für die Terrorwahlen, in denen sie mit Mord und Brand nach der Mehrheit raffen, für die «Nacht der langen Messer», zu der sie [illegible], für die Bartho- [illegible] den Leichen der klassenbewußten Arbeiter die faschistische Diktatur zu stabilisieren, restlos auf Kosten der Massen die Kapitalistenklasse zu sanieren und wieder aufzurichten die Hohenzollernmonarchie.

Die Sozialdemokratie registriert «objektiv» die Ereignisse, stellt sich «realistisch» auf den Boden der jeweils neuen Tatsachen, spekuliert auf das «Abwirtschaften» Hitlers, auf die Differenzen der Harzburger Front und hofft im stillen Kämmerlein, die Monarchie werde kommen als Schutz gegen den Faschismus, als «kleineres Uebel». Mit einem Wort: die SP kapituliert und wäscht sich die Hände in Unschuld mit öligen Phrasen über «Einheit» und «Einheitsfront».

Die Stalinbureaukratie fordert «Sicherheit der Wahlfreiheit» — welch ein Hohn — von Hitlers Knechten, spekuliert auf Stimmzettelgewinne, auf automatisches Uebergehen der Massen zum Kommunismus, «Abwirtschaften» des Faschismus, mit einem Wort: auch sie kapituliert.

Daß die Verratspolitik der SP, daß die Bankrottpolitik der Stalinbureaukratie das deutsche Proletariat in diese Lage gebracht, heute muß das jedem Arbeiter klar sein. Nur eine Politik, die wegführt vom sozialdemokratischen Verrat, vom stalinschen Bankrott, kann helfen. Nur eine Politik des K a m p f e s, nur eine Politik, die tatsächlich die g e s a m t e M i l l i o n e n m a s s e der deutschen Arbeiterklasse in Kampf setzt. Nur die Politik der proletarischen Kampfeinheitsfront [illegible]

Sprunghaft wächst in der blutigen Erfahrung der hämmernden Tatsachen der Wille zur Kampfeinheitsfront in den Massen und wird in ihnen Tat in Aktionsausschüssen, Selbstschutzgruppen, Einheitskomitees. Die Massen schwenken links! Unverzügliche Initiative der Kommunistischen Internationale, der KP Deutschlands, muß diesen Prozeß beschleunigen, ihn überleiten in die Kampfeinheitsfront der gesamten deutschen Arbeiterklasse durch Zusammengehen von SP, KP, Gewerkschaften. Auf jeden Tag, auf jede Stunde kommt es an!

Die SP kämpft wacker für die «Entschuldung der Betriebe», lies: der Kapitalisten durch den Staat, das heißt durch Massensteuern. Sie kämpft für ein «Notopfer der Allgemeinheit» für die Arbeitslosen, den Arbeitslosen soll geholfen werden auf Kosten — der Hungerlöhne. Kann jemand, der den Straßenbahnern Bezüge und Pensionen kürzt, gegen den Raub an den Bezügen und Pensionen der Eisenbahner kämpfen?

Die Einheitsfront sei in der SP verwirklicht, verkünden deren Führer. In der Tat die große Mehrheit der österreichischen Arbeiter ist im sozialdemokratischen Lager. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die sozialdemokratische «Einheitsfront» nicht dient dem Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern dient dem «Kampf» um die Koalition mit der Bourgeoisie.

Mit allen ihren Fehlern ist und bleibt die KP auch in Oesterreich die einzige Kraft, die wirklich den Kampf führt gegen die Kapitalistenklasse. Nur von der KP kann daher die Initiative ausgehen zur Aufrichtung der Kampfeinheitsfront gegen Bourgeoisie, gegen Faschismus. Gerade an dieser Iniative mangelt es. Denn auch in Oesterreich bindet der Stalinismus der KP [illegible] siven Taktik der «roten» Einheitsfront.

Die KP muß übergehen zur politischen Offensive, indem sie ein realistisches, den sozialdemokratischen Arbeitern annehmbares, konkretes Aktionsprogramm als Anbot zur Kampfeinheitsfront vor die Massen stellt u n d vor die sozialdemokratischen Spitzen in Partei und Gewerkschaft. Trotz ihrer Kleinheit kann, soll, muß die KP so handeln. So und nur so stößt sie die Dinge in die Richtung der Kampfeinheitsfront der G e s a m t a r b e i t e r s c h a f t. So und nur so unterstützt sie wirksam die deutsche Arbeiterklasse.

Beim Wort nehmen!

Die Sozialdemokratische Internationale ruft die Arbeiter der ganzen Welt auf, sich zum einheitlichen Kampf zusammenzuschließen gegen Faschismus, Krieg, Kapitalismus. Vom Kampf gegen die Bourgeoisie schweigt der Aufruf. Das ist kein Zufall, denn mit der Bourgeoisie will die verräterische Sozialdemokratie nach wie vor «Zusammenarbeit». In dem Aufruf erklärt sich die Sozialdemokratische Internationale bereit, mit der Kommunistischen Internationale über eine Kampfgemeinschaft auf Grund offener und ehrlicher Verständigung zu verhandeln. Auf Stalins «rote» Einheitsfronttaktik spekulierend, sucht die Sozialdemokratie mit diesem Aufruf den Schein zu verstärken, als gehe es ihr wirklich um die proletarische Kampfeinheitsfront. Die Kommunistische Internationale muß dieses sozialpharisäische Manöver durchkreuzen, indem sie die Sozialdemokratische Internationale sofort beim Wort nimmt.

Sofort hinein in die Massen mit einem konkreten Kampfprogramm gegen Faschismus, gegen Bourgeoisie, für vom Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeitermassen annehmbare Kampflosungen! Mit diesem Massendruck, mit diesem Kampfprogramm sofort heran mit einem offenen ehrlichen Anbot der Kampfeinheitsfront auch an die sozialdemokratischen S p i t z e n in Partei und Gewerkschaft international und national! Nur so kann das Manöver der Sozialpharisäer durchkreuzt, nur so die proletarische Kampfeinheitsfront gegen Faschismus, Bourgeoisie erzwungen werden.

Politische Offensive!

Auch die österreichische Bourgeoisie steigert die Arbeitslosigkeit und verschärft ihre Rauboffensive. Selbst die Pensionen der Eisenbahner will sie kürzen, das Dienstrecht brechend. Nach dem Generaldirektor der Bahnen sollen auch die Bezüge und Pensionen aller anderen Bundesangestellten gekürzt werden. Immer weiter treibt die Kapitalistenklasse die Ausplünderung der Werktätigen. Mit Drohungen, das Koalitionsrecht zu beseitigen, die Eisenbahnergewerkschaft aufzulösen, durch Verfolgung der Vertrauensmänner sucht die Bourgeoisie die Abwehr der Eisenbahner zu brechen.

Außenpolitisch sich immer mehr dem faschistischen Italien-Deutschland zuwendend, arbeiten die österreichischen Kapitalisten an einer «nationalen Konzentration» durch Zusammengehen aller bürgerlicher Parteien mit Heimwehr und Nazis. Den Spuren Hitler-Papen folgend, will sie sich sanieren und das Werk krönen mit der Restauration Habsburgs.

Die Illusion des „Abwirtschaftens"

Hitler ist Reichskanzler, die Nazi sind in der Regierung. Nun sollen sie zeigen, was sie können, nun mögen sie ihre Versprechungen erfüllen, nun mögen sie die verelendeten «Volksgenossen» aus der Not führen, nun mögen sie das «raffende Kapital» vernichten, die Zinsknechtschaft brechen, den Klassenkampf überwinden, das deutsche Volk in das Dritte Reich des Wohlstandes, der Freiheit, der Gerechtigkeit führen.

Fünf Wochen schon ist der Faschismus an der Macht, doch keine einzige seiner Versprechungen erfüllt er. Sitzt er nicht zusammen mit dem «raffenden Kapital», mit den «feinen Herren», in der Regierung? Ueberwindung des Klassenkampfes? Seit 1918/19 waren die Klassengegensätze nicht so zugespitzt wie heute, da Hitler oben ist. Ueberwinden den Klassenkampf durch Abschlachten der Arbeiterklasse, das sucht Hitler. Und die Freiheit, die Gerechtigkeit, das Zerreißen des Versailler Vertrages? Hitler weiß genau, daß er nur bei strengster Einhaltung des Versailler Vertrages von Frankreich und den anderen Imperialisten die Garantie hat, ungestört von außen im Inneren jene Arbeit zu leisten, für die er von der deutschen Bourgeoisie bezahlt wird: die Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse durch blutigen Bürgerkrieg.

Schwindel waren die Versprechungen des Faschismus. Köder waren sie, um die Massen an sich zu ziehen. Nie hat er daran gedacht, auch nur ein einziges Versprechen zu erfüllen.

Hitler ist oben und das ist seine wirkliche Leistung: die Konzentration aller Kräfte der Bourgeoisie, die Verschmelzung des Staatsapparats mit dem faschistischen Apparat, um gestützt auf diese Macht, alle Organisationen, von denen Widerstand der Arbeiter ausgeht, zu zertrümmern, damit er an das wirkliche Programm des Faschismus gehen könne, an die Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Massen.

Darum geht der Faschismus an die Vernichtung der Kommunistischen Partei, darum an die Zerschmetterung aller revolutionären Organisationen. Er weiß, daß die KPD und ihre Organisationen es sind, die den revolutionären Widerstand der Arbeiter mobilisieren.

Allein, der Faschismus will und muß weiter gehen. Von den Wels, den Scheidemännern, den Leiparts hat er nichts zu fürchten. Und dennoch will er der Sozialdemokratie, den reformistisch geführten Massenorganisationen dasselbe Schicksal bereiten. SP und sozialdemokratisch geführte Massenorganisationen sind keine Widerstandszentren, aber sie können Ansatzpunkte werden, von wo aus sich die darin befindlichen Arbeitermassen zu selbständiger, zu revolutionärer Organisation emporringen könnten. Auch diese Möglichkeit kann der Faschismus den Arbeitern nicht lassen. Darum und, um sich des sozialdemokratischen Lakaien als Konkurrenten zu entledigen, will und muß der Faschismus auch die Sozialdemokratie und auch die sozialdemokratisch geführten Massenorganisationen vernichten.

Was tut die KPD, was tut die SPD angesichts dieser tödlichen Gefahr? Nichts, gar nichts! Beider Kampf besteht in dem agitatorischen Hinweis darauf, daß der Faschismus seine Versprechungen nicht erfüllt. Das rein agitatorische Hinweisen auf die Schwindeleien des Faschismus ist keinen Schuß Pulver wert, führt zur Kapitulation vor dem Faschismus. Es ist Kapitulation, die Massen auf das «Abwirtschaften» des Faschismus einzustellen. Gewiß, der Faschismus wird abwirtschaften, aber zuvor wird er alles ausrotten, abschlachten, was in der deutschen Arbeiterschaft klassenbewußt ist, zuvor wird er das Proletariat auf ein bis zwei Generationen führen.

Was bloß agitatorische Hinweisen darauf, daß der Faschismus seine Versprechungen nicht hält, schwächt, lähmt die Arbeiterklasse, ruft in ihr die neue Illusion hervor, als sei es möglich, durch bloße Agitation eine Wendung herbeizuführen. **Die bloße Agitation, auch wenn sie noch so gut, noch so richtig, ist nicht imstande, an den Machtverhältnissen das geringste zu ändern.**

Die Stalinbureaukratie wettert gegen das Spekulieren auf das «Abwirtschaften», mit dem Mund, auf dem Papier (RF. 26). Das darf keinen Arbeiter auch nur eine Sekunde täuschen. Denn praktisch und faktisch rührt der Stalinismus keinen Finger, die Kommunistische Internationale tut nichts, die KPD bleibt politisch passiv, statt die Millionenmassen der Arbeiter zum Kampf zu mobilisieren. Genau so wie die Sozialdemokratie bewegt sich auch der Stalinismus praktisch und faktisch auf der Linie des Spekulierens auf das «Abwirtschaften» des Faschismus.

Nur in Verbindung mit dem Kampf der Millionenmassen ist das agitatorische Hinweisen auf den faschistischen Schwindel wirksam. Nur der Kampf der Millionenmassen hilft! Der Weg **dazu aber führt bei der gegebenen Lage, das heißt, so lange große Massen noch immer Vertrauen zur Sozialdemokratie haben, nur über die Taktik der proletarischen Einheitsfront.**

Nieder mit der verbrecherischen Spekulation auf das «Abwirtschaften»! Vorwärts im Bund mit der Linksopposition, erzwingt die proletarische Einheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften!

Die Wirklichkeit der Kapitulation

Ungehindert konnte die deutsche Bourgeoisie die Regierung Hitler-Papen einsetzen. Ungehindert durch die Millionenmassen, an deren Spitze SPD und KPD. Der 30. Jänner war die **Tatsache** der Kapitulation. Kein noch so «radikales» Geschrei kann darüber täuschen.

Die Tatsache der Kapitulation ist das **Ergebnis** der Politik der **SPD.** Sie krönte ihre verräterische Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie mit der Politik des «kleineren Uebels». Unter diesem betrügerischen Deckmantel wich sie Schritt für Schritt zurück, gab sie eine proletarische Position nach der anderen kampflos preis. Mit voller Wucht trifft die SP die Verantwortung vor der Arbeiterklasse für all das, was heute in Deutschland geschieht.

Die Durchführung ihrer Verratspolitik wurde und wird der SPD ermöglicht durch die verbrecherische Politik, die die **Stalinclique** mittels der Thälmann & Co. der KPD aufzwingt. Anstatt durch die leninsche Politik und Taktik die sozialdemokratischen Arbeitermassen mittels der lebendigen Erfahrung im Kampf zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse verrät, half die Stalinbürokratie mit ihrem Gemisch von scheinradikalen Abenteuern und echten Opportunismus der Sozialdemokratie, sich trotz des ständigen Verrats die Gefolgschaft von Millionen von Arbeitern zu erhalten. Die Kapitulation am 30. Jänner ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Verratspolitik. Aber daß die SP fortgesetzt kapitulieren, daß sie auch am 30. Jänner kapitulieren konnte, ohne daß die 6 Millionen Arbeiter, die ihr noch immer folgen, zum Kommunismus schwenken, das ist das Ergebnis des Stalinismus. In diesem Sinne ist die Kapitulation vom 30. Jänner das Ergebnis der stalinschen Politik.

Beide führen die Kapitulation weiter, die sozialdemokratischen Verräter und die stalinschen Verbrecher, denn beide kapitulieren auch in ihrer **Einstellung.** «Der Bolschewismus wird den Faschismus schlagen!», schreibt die Stalinpresse (RF 26. Feber). Hinter solchen Zukunftsversprechungen sucht die Stalinbürokratie zu verbergen, daß sie genau so wie die Sozialdemokratie aufs «Abwirtschaften» spekuliert, daß sie in Wirklichkeit jetzt nichts tut, daß sie die Massen kampflos dem mordenden Faschismus überläßt, daß sie mit einem Wort verräterisch kapituliert.

Schluß mit dem Kapitulieren! Vorwärts zur kämpfenden Einheitsfront der Millionen der gesamten Arbeiterschaft durch Zusammengehen von SP, KP, Gewerkschaften. Auf Grundlage eines konkreten Kampfprogramms! Die Massen müssen das erzwingen. Sofortige Initiative der KI und KPD! Sofortiger Parteitag der KP, sofortiger Weltkongreß der KI unter Anteilnahme der LO! Stärkt die Linksopposition, die einzige wirkliche Vorkämpferin der proletarischen Kampfeinheitsfront, die Vorkämpferin des internationalen revolutionären Realismus, das ist der Politik von Marx und Lenin!

Warum schweigt die Komintern?

Die faschistische Diktatur in Deutschland ist aufgerichtet, Immer dichter prasseln die faschistischen Mörderkugeln in den Leib der deutschen Arbeiterklasse. Doch die Kommunistische Internationale schweigt und rührt sich nicht! Nicht einmal zu einem Aufruf für die «rote», «antifaschistische» Einheitsfront schwingt sie sich auf. Warum schweigt die Komintern?

Erstens weil sie in Widerspruch käme mit den «Nichtangriffspakten», mit Stalins Außenpolitik. Den Weg der Leninschen Einheitsfronttaktik betreten, bedeutete den Weg betreten revolutionärer Politik. Kleinbürgerlich pazifistische Außenpolitik mit den Imperialisten und revolutionäre Politik in den Ländern dieser Imperialisten sind unvereinbar. Der Stalinismus «löst» diesen Widerspruch, indem er die Kommunistische Internationale zwingt — zu schweigen. Aber Schweigen in dieser Lage, Nichthandeln in dieser Lage als Führung der Komintern ist Verrat an der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution. Diesen Verrat begeht Stalin mit seiner Clique.

Zweitens. Den Weg der leninschen Einheitsfronttaktik betreten, das würde unvermeidlich an den Tag bringen, daß die stalinsche «Generallinie», daß die ganze Politik des Stalinismus grundfalsch ist. Diese ungeheure Blamage fürchtet die Stalinclique, sie zittert um ihre Position, um ihre Posten. Ihr egoistisches Interesse ist der Stalinbürokratie wichtiger als das proletarische Klasseninteresse.

Aus diesen zwei Gründen sabotiert die Stalinclique vollkommen bewußt die proletarische Einheitsfront. Darum vergewaltigt sie die Kommunistische Internationale, zwingt sie zu schweigen, zwingt sie zum Verrat des Nichthandelns. Darum, um den Bankrott ihrer Politik zu verhüllen, treibt die Stalinclique weiter die scheinradikale Taktik der «roten» Einheitsfront. So will die Stalinbürokratie den Schein erwecken, als wolle sie die Kampfeinheitsfront, als wolle sie den Kampf der Millionenmassen, während sie in Wirklichkeit nur spekuliert auf das «Abwirtschaften» des Faschismus, also die Massen dem mordenden Faschismus preisgibt.

Schluß mit dem Stalinismus! Sofortiger Uebergang zur Politik Lenins! Sofortige Einberufung des Weltkongresses der Kommunistischen Internationale mit vorangehender demokratischer Diskussion und unter Teilnahme der Linksopposition!

Bankrott der Sozialdemokratie

Die Weltkrise hat mit den Theorien der Sozialdemokratie und den Illusionen, mit denen sie die Massen irreführte, gründlich aufgeräumt.

Was alles flunkerte die SP jahrelang den Massen vor vom «Völker»bund! Heute ist den Massen klar, daß der «Völker»bund nichts ist als ein imperialistisches Instrument. Die zwei Jahre Krieg im Osten öffneten ihnen die Augen. Flugs rückt die SP ab vom Völkerbund und tut so, als ob sie damit nie etwas zu tun gehabt hätte. Sie sucht die Spuren zu verwischen, die zurückführen zu all den Illusionen, die sie selbst jahrelang in den Massen genährt.

Mit der Theorie vom «Volks»staat ergeht es ihr nicht anders. Wie hat sie den Arbeitern eingeredet, daß sich der kapitalistische Staat verwandelt habe in die «Volks»republik, in den «Volks»staat, in dem auch den Arbeitern ein «Anteil» an der Macht zufalle. Um die Arbeiter einzuspannen für die Bourgeoisie, mußte ihnen die SP Illusionen über einen «Anteil» am Staat geben, um sie so über die, dank der verräterischen SP-Politik 1918, unverändert gebliebene kapitalistische Klassennatur des Staates hinwegtäuschen. Heute läßt sich die «Theorie» vom «Volks»staat nicht mehr halten, daher liquidiert sie ihre verräterische Staatstheorie auf dem Papier. In der Praxis aber behält sie ihre Einstellung ruhig bei, spricht gegenüber der Bourgeoisie von «unserem Land», läßt von der Bourgeoisie ihren «Patriotismus» nicht anzweifeln (Otto Bauer). Für die Massen Liquidation auf dem Papier, um sie weiter hinter sich zu halten. Für die Bourgeoisie: Festhalten an der Zusammenarbeit für «unser» Land...

Was hat die SP an Illusionen in die Massen getragen über den «Fordismus» als den «vernünftigen» Kapitalismus mit «hohen» Löhnen für die Arbeiter usw.! Nachdem sie der Bourgeoisie geholfen durch Niederschlagen der proletarischen Revolution, in Mitteleuropa dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu bringen, berauschte sich die Sozialdemokratie an der relativen Stabiliserung und feierte in Hymnen die kapitalistische **Rationalisierung.**

Die Weltkrise hat Ford liquidiert (zugunsten noch größerer Fords). Sie hat den sozialdemokratischen Fordschwindel liquidiert. Flugs geht die SP über zu neuen Schwindelpositionen. War sie 1926—1928 ganz besessen vom kapitalistischen «Aufschwung», so kommt sie jetzt mit dem «Zusammenbruch des Kapitalismus von selbst», und redet den Massen ein, der Weg führe über den Staatskapitalismus in den Sozialismus, versteht sich «von selbst». Der «Staat» unter dem Drucke der Stimmzettel, müsse die Banken, die Betriebe «nationalisieren, sozialisieren, exproprijieren». Von hier aus gehe es dann direkt in den Sozialismus...

Die neue «Theorie» ist nur ein neuer Betrugsversuch an den Massen. In Wahrheit verhüllt die SP damit nur ihre Mithilfe an der Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft, an der Sanierung des kapitalistischen Staates, an der Sanierung der Bourgeoisie auf Kosten der breiten Massen.

Auf dem Papier Verzehnfachung der Phrasen über den Sozialismus — in Wirklichkeit Festhalten an der alten Verratspolitik, Verbleiben auf der Linie der Zusammenarbeit für «unser» Land, für «unsere» Industrie, für «unsere» «Volks»wirtschaft, d. h. für die Bourgeoisie.

Große Phrasen schwingen, um die Massen über den sozialdemokratischen Bankrott hinwegzutäuschen: das ist heute die Linie der SP. Die SPD drischt Phrasen von «Enteignung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Großindustrie, Verstaatlichung der Banken» — was sie durch die Wahl am 5. März erreichen will... 1918 hat sie daran «vergessen».

Die größten Phrasen verzapft heute die SP über die **Einheitsfront.** Dabei tut sie alles, um die Einheitsfront praktisch zu verhindern. Sie will die Massen hinter sich halten, darum und nur darum flunkert sie von Kampfeinheit. Nur dem Stalinismus dankt es die SP, daß die Massen trotz des sozialdemokratischen Bankrotts nicht zum Kommunismus übergehen.

Weltwirtschaftskrise

Neuer Bankenkrach in Amerika, selbst Ford wankt. Schon erwägen die amerikanischen Kapitalisten sich durch Inflationsraub über die Krise zu helfen. Das Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und profitablem Absatz ist noch nicht überbrückt. Weitere Krachs werden, müssen kommen. Die Krise geht weiter und verschärft sich noch immer.

Doch hat dieser Prozeß zugleich eine zweite Seite! Der Bankrott Fords vergrößert das Absatzgebiet für die übrigen Autofabrikanten, er ist also zugleich ein Element der kapitalistischen Ueberwindung der Krise. Das gilt von allen Bankrotten: sie sind herbeigeführt durch den auf die Spitze getriebenen wütenden Konkurrenzkampf um den schrumpfenden Markt. Allein je mehr sich die Bankrotte häufen und je größer ihr Umfang, desto mehr wird dadurch zugleich ein gewisser Spielraum für die übrigen (im Konkurrenzkampf Sieger bleibenden) Kapitalisten geschaffen. Darum dürfen wir, je mehr sich die Bankrotte häufen, je größer sie werden, die ernste Möglichkeit einer gewissen (wenn auch zeitweiligen, vorübergehenden) Besserung der kapitalistischen Konjunktur nicht aus dem Auge lassen. Dies um so weniger, als der Krieg in Ostasien nun immer größeren Umfang annimmt. Denn der Krieg ist die stärkste Form der Vernichtung von Waren, also der «Schaffung von Markt» für die Kapitalisten.

Die kapitalistische Konterrevolution rechnet sehr ernstlich mit dieser Wendung und sie tut alles, um sie durch Offensive gegen die Arbeiterklasse, durch den auf dem Rücken der Arbeiter rasenden Konkurrenzkampf herbeizuführen. Papen und Schleicher scheiterten, weil sie die «Morgenröte» schon nahe wähnten. Kein Mensch kann heute mit Sicherheit, ja auch nur mit genügender Wahrscheinlichkeit sagen, wie weit oder wie nah die Wende ist, weil diese Frage nicht durch Grübeln entschieden wird, sondern durch den Kampf der Klassen.

Haben wir die Perspektive einer Besserung der kapitalistischen Konjunktur vom Standpunkt des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse zu fürchten? Keineswegs! Die geringste ernste Wendung in der Konjunktur würde sofort die größten Lohnkämpfe auslösen, weil die Arbeiter unverzüglich in Kampf eintreten würden, um ihre materielle Lage zu bessern. Das würde Millionenmassen in Kampf bringen. Unter Hinweis auf die Erfahrungen der langen Jahre würde die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale — bei richtiger Politik! — diese Kämpfe benützen können, um die Riesenmassen in die Richtung des proletarischen Machtkampfes zu mobilisieren.

So oder so: ob die Krise weitergeht oder ob eine gewisse Wendung der Konjunktur kommt, in jedem Falle sind die Perspektiven dem proletarisch revolutionären Kampf außerordentlich günstig, doch in beiden Fällen nur unter einer Bedingung: unter der Bedingung marxistisch-leninistischer Politik.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Trafik Währingerstraße 188.

Zeichnet PRESSFOND!

Stalinscher Zickzack

Gefahr von Kulissenverhandlungen!

Die KP Frankreichs hat sich am 12. Dezember mit einem Brief an die Parteileitung der französischen SP gewendet, um deren «betrügerischen Einheitsfrontmanövern den Wind aus den Segeln zu nehmen» (RF., 11 Februar).

Im selben Dezember verkündete Manuilski auf dem Plenum: «Verhandlungen mit wem? Mit Otto Bauer?, mit Doktor Renner? Es verlohnt sich nicht der Mühe dazu. Die einheitliche Kampffront kann nur von unten her entstehen.»

Sind die Leon Blum, Fauré und Longuet etwas anderes als die Bauer, Renner, Löbe, Wels? Sicher nicht. Machen diese nicht auch «betrügerische Einheitsfrontmanöver»? Sie machen sie sogar in internationalem Maßstabe!

Und trotzdem richtete die KPF ihren Brief an die Parteileitung der SPF. War das richtig? Außerordentlich gut wäre dieser Schritt unter einer Bedingung: Der vorangehenden Aufrüttelung der reformistisch geführten Massen zur Ausübung eines Massendrucks auf die sozialdemokratischen Spitzen. Doch gerade das unterließ die Stalinbürokratie, die SPF entwischte und — die KPF zog sich auf die alte Linie der «roten» Einheitsfront zurück. Die stalinistisch geführte KPF torkelte in den rechten Straßengraben der Opportunisten und dann wieder zurück in den ultralinken Graben des Scheinradikalismus.

Und wie steht es in Deutschland? Das Prestige der Stalinbürokratie zwingt die KPD, auf der Linie der unfruchtbaren „roten» Einheitsfront «nur von unten» zu **beharren. Trotzdem besteht mit aller Schärfe auch in Deutschland die Gefahr des «Ausflugs in den rechten Straßengraben» seitens der Stalinschen Bürokratie!** Das heißt die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Umschwenkens der Stalinistischen Seite von ihrer scheinradikalen «roten» Taktik zu Kulissenverhandlungen mit den reformistischen Spitzen, hinter dem Rücken der Massen geführt!

Beides, das bürokratische Beharren auf der «roten» Einheitsfronttaktik wie auch das Hin- und Hertorkeln zwischen ihr und reinen Spitzenverhandlungen, stärkt nur den Reformismus. Nur der sofortige Uebergang auf den Leninschen Weg der Einheitsfronttaktik von unten und oben, offen, vor den ganzen Massen, vermag die Wendung für das Proletariat herbeizuführen.

Marx gegen Stalin

In seiner «Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten» schrieb Marx im März 1850:

«Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: Sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen.»

Die kleinbürgerliche Demokratie: das ist heute die Sozialdemokratie. Mit ihr zusammen auf der Basis eines konkreten Kampfprogrammes «gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt»: gegen den Faschismus. In und nach diesem Kampfe durch schärfste Kritik gegenübertreten der Sozialdemokratie, wo «sie sich für sich selbst», d. h. für die Bourgeoisie, festsetzen will. Mit anderen Worten: Ueber die Niederschlagung des Faschismus hinaus den Massenkampf vortreiben bis zum Sturz der Bourgeoisie, zur Aufrichtung der proletarischen Macht.

Sowjetwirtschaft in Gefahr

Vor dem zweiten Fünfjahrplan

Von L. Trotzki

(Fortsetzung.)

Man hält uns natürlich entgegen, daß wir die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus auf die sozialistische Wirtschaft übertragen; daß die planmäßige Wirtschaft nicht der Regulierung mittels Krisen oder auch nur mittels absichtlicher Verlangsamung des Tempos bedarf. Das Arsenal an Argumenten der stalinschen Bureaukratie und ihrer Theoretiker ist so arm, daß man immer voraussehen kann, zu welchem Gemeinplatz sie ihre Zuflucht nehmen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine einfache Wortwiederholung. Weil wir in den Sozialismus eingetreten sind, so müssen wir «sozialistisch» handeln, das heißt, wir müssen die Wirtschaft nur auf dem Wege eines immer schnelleren planmäßigen Aufstieges regulieren. **Aber der Kern liegt ja gerade darin, daß wir nicht in den Sozialismus eingetreten sind.** Die Methoden der planmäßigen Regulierung beherrschen wir noch lange nicht. Wir führen nur die erste rohe Hypothese aus, führen sie schlecht aus, noch dazu mit gelöschten Lichtern. **Krisen sind bei uns nicht nur möglich, sondern unvermeidlich. Die kommende Krisis hat die Bureaukratie schon vorbereitet.**

Die Gesetzmäßigkeiten der **Uebergangsgesellschaft** sind von den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus sehr verschieden. Aber nicht weniger verschieden sind die von den zukünftigen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, das heißt der harmonischen, auf Grundlage eines geregelten und gesicherten dynamischen Gleichgewichtes wachsenden Wirtschaft. Die produktiven Vorteile des Sozialismus — Zentralisation, Konzentration, Einheitlichkeit des leitenden Willens sind unermeßlich. Aber bei falscher Anwendung, besonders aber bei bureaukratischem Mißbrauch, können sie sich in ihr Gegenteil verwandeln. Teilweise haben sie sich schon darin verwandelt, denn **die Krisis ist dicht herangerückt.** Die Augen vor ihr verschließen, heißt, der wirtschaftlichen Anarchie das Feld räumen. **Zu versuchen, die Wirtschaft durch weiteres Aufpeitschen zu vergewaltigen, heißt das Unheil zu vergrößern.**

Welches Ausmaß die Krisis annehmen wird, **ist** unmöglich vorauszusagen. Diese Frage wird, zum Glück, bei uns nicht nur durch blinde Kräfte entschieden. Die Vorteile einer planmäßigen Wirtschaft bleiben auch unter einer Krise bestehen, ja, treten gerade bei einer solchen besonders kraß in Erscheinung. Die kapitalistischen Staaten sind gezwungen, passiv zu warten, bis die Krisis sich auf dem Rücken des Volkes ausgelebt hat, oder aber zu finanziellen Kunststücken im Stile Papens zu greifen. Der Arbeiterstaat begegnet auch der Krise in voller Rüstung. Alle Kommandohebel — Budget, Kredit, Produktion, Handel — sind in einer Hand zusammengefaßt. Die Krise kann man mildern und sodann auch überwinden nicht mit Kommandieren, sondern mit den Maßnahmen wirtschaftlicher Regulierung. **Auf den abenteuerlichen Vormarsch hat ein möglichst durchdachter planmäßiger Rückzug zu folgen.** Darin liegt die Aufgabe des kommenden Jahres, des sechzehnten Jahres der proletarischen Diktatur: il faut reculer, pour mieux sauter: **Zurückgehen, um dann um so gewisser vorwärts zu gehen!**

Die Sowjetwirtschaft in Gefahr

Die offizielle Presse veröffentlicht zurzeit von einer Nummer zur anderen eine ununterbrochene Anklage gegen die Arbeiter, Direktoren, Techniker, Wirtschaftler, die Angestellten der Kooperativen und gegen die Gewerkschaftler: alle tragen die Schuld an der Nichterfüllung der Pläne, Direktiven und der «Sechs Bedingungen». Aber wo liegen die Gründe dafür? Objektive Gründe gibt es keine. Das ganze Uebel liegt im schlechten Willen der ausführenden Organe. So schreibt die «Prawda»: «Sind irgendwelche objektive Gründe für diese Verschlechterung der Arbeit vorhanden? Nicht die geringsten» (2. Oktober). Die Leute wollen einfach nicht arbeiten, wie es sich gehört — und weiter nichts. Das Oktoberplenum des ZK hat eine «unbefriedigende Leitung an allen Gliedern» festgestellt. Mit Ausnahme nur jenes desjenigen Gliedes, das ZK genannt wird.

Aber hat die schlechte Qualität der Arbeit etwa keine objektiven Ursachen? Auch **für die Aneignung der verwickelten technologischen Prozesse,** nicht nur für das Reifen des Weizens, **braucht es seine bestimmte Zeit.** Die psychologischen Prozesse, das ist richtig, sind eher zu beeinflussen, wie die vegetativen, aber auch bei jenen hat die Beeinflussungsmöglichkeit ihre Grenzen. **Man kann sie nicht überspringen.** Und außerdem, — und das ist nicht weniger wichtig —, **kann man nicht ein Maximum an Intensität fordern bei einem Minimum an Ernährung.**

Die Resolution des Oktoberplenums klagt die Arbeiter und Verwaltungsbeamten an, daß sie es nicht verstanden hätten, ihre höchsten Erfolge «fest zu behaupten» und von ihnen wieder abwärts gleiten. Mit einer einmaligen Anstrengung kann ein Mensch eine seine «durchschnittliche» Kraft weit übersteigende Last heben. Aber lange vermag er ein solches Gewicht nicht über seinem Kopfe zu halten. Es ist sinnlos, ihn anzuklagen, daß er seine Anstrengung nicht «behaupteten».

Die Sowjetwirtschaft ist in Gefahr! Es ist nicht schwer, ihre Krankheit festzustellen. Sie entspringt aus der Natur der Erfolge selbst. Infolge der übermäßigen und schlecht berechneten Anspannung zeigen sich in der Wirtschaft Risse. Man muß sie behandeln: aufmerksam und ausdauernd. Rakowsky warnte schon im Jahre 1930: «Wir treten in eine ganze Epoche ein, die im Zeichen der Bezahlung für alles Frühere stehen wird.»

Der zweite Fünfjahresplan

Der zweite Fünfjahresplan wurde nach den Maßstäben des «Gigantismus»*) aufgestellt. Es ist schwierig, richtiger unmöglich, «nach dem Augenmaß» zu beurteilen, in welchem Maß die Indexzahlen des zweiten Fünfjahresplans übertrieben sind. Aber jetzt handelt es sich nicht um die Bilanz des zweiten Fünfjahresplans, sondern um die Ausgangspositionen desselben, darum, wie er mit dem ersten Fünfjahresplan zusammengefügt wird. Das erste Jahr des zweiten Fünfjahresplans ist mit dem schweren Erbteil aus dem letzten Jahre des ersten Fünfjahresplans belastet.

Der zweite Plan stellt, der Absicht nach, eine spiralartige Fortsetzung des ersten Plans dar. Aber der erste Plan ist nicht erfüllt. Der zweite Plan hängt von Anfang an in der Luft. Wenn man den Dingen ihren Lauf läßt, so wird der zweite Fünfjahresplan damit beginnen, daß unter der administrativen Knute die Löcher des ersten gestopft werden. Das wird eine Vertiefung der Krise bedeuten. **Auf diese Weise kann es zur Katastrophe kommen.**

Es gibt nur einen Ausweg: **Man muß den Beginn des zweiten Fünfjahresplans um ein Jahr verschieben.** Das Jahr 1933 muß als Puffer zwischen dem ersten und dem zweiten Fünfjahresplan dienen. **Im Laufe dieser Zeit muß auf** der einen Seite der Nachlaß aus dem ersten Fünfjahresplan überprüft, die klaffendsten Lücken ausgefüllt, die unerträglichen Disproportionen gemildert, die Wirtschaftsfront ausgeglichen werden, von der anderen Seite aber muß der zweite Fünfjahrplan derartig umgestellt werden, daß er in seinen Ausgangspositionen sich eng an die wirklichen, nicht aber nur eingebildeten Resultate des ersten Fünfjahresplans anschließt.

Bedeutet das nicht, die Frist für die Erfüllung des ersten Plans einfach um noch ein Jahr zu verlängern? Nein, leider steht es nicht so. Die materiellen Nachwirkungen des vierjährigen Rennens sind mit der Feder nicht aus der Welt zu schaffen. Es bedarf einer Ueberprüfung, Regulierung, Kundmachung der wirklich erzielten Koeffizienten des Wachstums der Produktion. Der jetzige Zustand der Wirtschaft schließt überhaupt die Möglichkeit einer planmäßigen Arbeit aus. Das Jahr 1933 kann weder ein Zusatzjahr für den ersten Fünfjahresplan, noch das erste Jahr des zweiten sein. Es muß eine besondere Stelle zwischen beiden einnehmen, um die Milderung der Nachwirkungen des wirtschaftlichen Abenteuertums und die Verbesserung der materiellen und moralischen Voraussetzung eines planmäßigen Aufstieges zu gewährleisten.

Die linke Opposition hat seinerzeit zuerst die Inangriffnahme eines Fünfjahresplanes gefordert. Jetzt muß sie sagen: **Der zweite Fünfjahresplan muß verschoben werden. Schluß mit der schreihälsigen Hasardspielerei! Fort mit der Agiotage! Eine planmäßige Arbeit kann nicht mit ihnen in Einklang gebracht werden. Rückzug? Ja, zeitweiliger Rückzug. Aber das Prestige der unfehlbaren Führung? Das Schicksal der proletarischen Diktatur ist wichtiger als alles aufgebläsene Prestige.**

Das Jahr der allgemeinen Wiederherstellung

Die aus dem Gleichgewicht geworfene Sowjetwirtschaft bedarf einer gründlichen Wiederherstellung. Unter dem Kapitalismus wird das gestörte Gleichgewicht durch die blinde Gewalt der Krise wiederhergestellt. In der sozialistischen Republik ist auch eine bewußte und vernünftige Heilung möglich.

Es ist selbstverständlich unmöglich, die Produktion einzustellen, so wie sie während einer Ausbesserung in einem Werk oder in einer Fabrik eingestellt wird. Aber dessen bedarf es auch nicht. Es genügt, das Tempo zu mäßigen. **Die laufende produktive Arbeit im Jahre 1933** kann nicht ohne Plan geführt werden, aber das muß ein **Einjahresplan sein,** der sich auf Programme aufbaut, die in bezug auf die Quantität herabgesetzt sind.

An erster Stelle müssen die qualitativen Errungenschaften gestellt werden. Unzeitgemäße Bauaufgaben sind zu liquidieren; die Mittel und Kräfte sind auf Bauaufgaben erster Ordnung zu konzentrieren; das Verhältnis zwischen den verschiedenen Gebieten der Industrie ist auf Grund der Erfahrung ins Gleichgewicht zu bringen; die Einrichtungen sind auszubessern.

Nicht hetzen, nicht zerren, keine Rekorde aufstellen; in jedem Unternehmen die Produktion ihrem technologischen Rhythmus unterordnen. Was zu früh das Laboratorium verließ, wieder ins Laboratorium zurückschicken. Fertigstellen, was nicht fertiggestellt ist. Die Wechselbeziehungen zwischen den Abteilungen der Fabriken in Einklang bringen. Was verbogen ist, gerade machen. Was verdorben ist, ausbessern. Die Fabrik auf den Uebergang zu einer höheren Stufe vorbereiten. Die mengenmäßigen Aufgaben müssen einen biegsamen und bedingten Charakter haben, damit sie nicht die qualitative Erfolge verhindern.

Das Jahr 1933 muß über die Fluktuation der Arbeiter siegen, indem es die Bedingungen der letzteren verbessert: Hiermit ist zu beginnen, denn hierin liegt der Schlüssel zu allem übrigen. Den Arbeitern und ihren Familien ist Nahrung, Wohnung und Kleidung zu garantieren. Um jedes Preis!

Die Verwaltung und die proletarischen Kerntruppen in den Fabriken sind von den zusätzlichen Lasten, wie Anbau von Kartoffeln, Kaninchenzucht usw. zu befreien. Die Frage der Ernährungsbasis der Betriebe ist als selbständige Aufgabe, nicht als Behelfsmaßnahme zu regeln.

In die Frage der Herstellung von Gegenständen des Massenbedarfs ist Ordnung zu bringen. Die Waren müssen den menschlichen Bedürfnissen, nicht den Rohstoffabfällen der Schwerindustrie angepaßt sein.

Mit eiserner Hand ist der Prozeß der **Inflation aufzuhalten** und die feste Geldeinheit wieder herzustellen. Diese schwierige und schmerzhafte Operation ist nicht zu verwirklichen ohne **mutige Einschränkung der Investierung von Kapital;** ohne viele Hunderte von Millionen, die unzweckmäßig oder unzeitig in neue Bauten gesteckt worden sind, zu opfern, damit Milliardenverluste in der Zukunft verhütet werden.

Der zeitweilige Rückzug ist notwendig in der Industrie sowohl, wie auch in der Landwirtschaft. Die letzte Linie für den Rückzug ist im voraus nicht zu bestimmen. Nur durch die Erfahrung im Verlaufe der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederherstellung wird sie sich zeigen.

Die leitenden Organe müssen kontrollieren, helfen, alles Lebensfähige auswählen, aber nicht das Unternehmen zu Tode hetzen, wie es jetzt geschieht. Die Wirtschaft und die Menschen müssen sich von der administrativen Vergewaltigung und Abenteurerei erholen.

Viele Wirtschaftler kommen, wie aus den Zeitungen ersichtlich ist, zu dem Schluß, daß das Jahr 1933 sich irgendwie vom vergangenen Jahre unterscheiden muß. Aber sie führen ihre Gedanken nicht zu Ende, um nicht unter das Faßbeil zu geraten.

In bezug auf das Transportwesen schreibt die «Ekonomitscheskaja schizn»: «Eine der wichtigsten Aufgaben des Jahres 1933 muß die der vollständigen und endgültigen Liquidierung aller und jeglicher Zänkereien, Unfertigkeiten und Disproportionen in der Arbeit der einzelnen Bestandteile des Transportmechanismus sein». Ausgezeichnet gesagt. Diese Formel muß man ganz und gar akzeptieren, indem man sie auf die ganze Wirtschaft insgesamt überträgt.

«Man muß entschieden», schreibt die «Prawda» mit Bezug auf die Traktorenfabrik in Stalingrad, «auf die zu Beschädigungen führenden Methoden der Arbeit verzichten, mit der Fieberhaftigkeit am laufenden Band ein Ende machen, um die planmäßige Ablieferung der Produktion zu sichern.» Vollkommen richtig! Die Planwirtschaft, im ganzen genommen, stellt ihrem Typ nach einen Convoyer im staatlichen Maßstabe dar. Die Methode des Zustopfens der Löcher ist mit einer planmäßigen Arbeit nicht zu vereinbaren. Das Jahr 1933 muß «mit der Fieberhaftigkeit am laufenden Band ein Ende machen» oder zum mindesten die Temperatur erheblich herabsetzen.

Auch das Gebiet der Landwirtschaft hat das Manifest der Sowjetregierung selbst die «Schwenkung» von der Quantität zur Qualität angekündigt. Das ist richtig, aber man muß die Frage in weiterem Umfange stellen. Es handelt sich nicht nur um die Qualität der Landbearbeitung, sondern auch um die ganze Politik und Praxis in Bezug auf die Kollektiv- und Staatsgüter. Die Schwenkung von der Quantität auf die Qualität muß auch auf die Arbeit der Regierung selbst ausgedehnt werden.

Der Rückzug ist vor allem auf dem Gebiet der Kollektivisierung unvermeidlich. Hier mehr als irgendwo erscheint die Regierung als Gefangener ihrer eigenen Irrtümer. Indem sie fortfährt, nach außen hin unumschränkterweise zu kommandieren und mit der Unterschrift von Molotow und Stalin die genaue Zahl der Desjatinen für die Aussaat der Getreidefrüchte vorschreibt, überläßt sich die Bürokratie im wesentlichen schon der Strömung.

Unterdessen zeigt sich im Dorf eine neue Schicht von sogenannten «Auswanderern», früheren Mitgliedern der Kollektivgüter. Ihre Zahl wächst. Die Bauern, die die Ernte berauben, das Saatgetreide vertrödeln und es dann vom Staat anfordern, mit Gewalt in den Kollektivgütern zurückzuhalten — ist die reinste Verrücktheit. Kein geringeres Verbrechen jedoch ist es, dem Prozeß des Verfalles seinen Lauf zu lassen. Die Tendenz, unter die Kollektivbewegung ein Kreuz zu machen, erhebt ihr Haupt jetzt anscheinend auch in den Reihen der Partei. Dies zuzulassen, heißt, mit dem Bade auch das Kind auszuschütten.

Daß Jahr 1933 muß dazu dienen, die kollektive Landwirtschaft in Uebereinstimmung mit den technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hilfsquellen zu bringen. Das heißt: Auswahl der lebensfähigsten Kollektiven, ihre Umformung auf Grund der Erfahrung und der Wünsche der Haupt-Bauernmasse, vor allem der armen Bauern. Gleichzeitig — Ausarbeitung von solchen Bedingungen für den Austritt aus den Kollektivgütern, durch die die Erschütterungen für die Landwirtschaft auf das geringste Maß beschränkt werden, gar nicht zu reden von der direkten Gefahr des Bürgerkrieges. (Schluß folgt.)

*) Die Feindseligkeit, der direkte Haß gegen den «Gigantismus» nimmt in Sowjetkreisen rasch zu, als die natürliche und unvermeidliche Reaktion gegen das Abenteuertum der verflossenen Periode. Ueberflüssig jedoch, auseinanderzusetzen, wie sehr diese, dem kleinbürgerlichen Krumensammler behagende Reaktion im weiteren dem sozialistischen Aufbau gefährlich werden kann.

Birnecker

Vor zehn Jahren fiel er, niedergestreckt von der Kugel eines faschistischen Mörders. An seinem Grabe schwor die Sozialdemokratie: «Das ist das erste und muß das letzte Opfer des Faschismus sein!»

Nach Birnecker fielen Kovarik, Still, kamen Schattendorf, 15. Juli, St. Lorenzen. Und immer wieder schwor die Sozialdemokratie: «Das muß das letzte Opfer sein!»

So oft sie schwor, — so oft brach sie den Schwur; nichts tat sie, die blutigen Anschläge wirksam abzuwehren.

Phrasen, nichts als Phrasen haben die Deutsch & Co. an den Gräbern der proletarischen Opfer gedroschen.

Abrechnung mit Stalinschwindel

Dieser Tage wurde in Leoben von der Partei eine Massenversammlung mit Thema «Lügen über Rußland» einberufen. Eingeladen waren einige Arbeiter, die eben aus Rußland zurückgekommen waren und den Arbeitern sagten, wie es wirklich dort ist. Die Arbeiter erzählten zum Unterschied von den Wiener Stalinbonzen, nicht von einem Paradies, sondern von der traurigen Wirklichkeit. Zum Leidwesen der zukünftigen «roten» Direktoren kamen einige Arbeiter wirklich in die Versammlung und schilderten die wirkliche Lage in Rußland. Genosse Parlisch erklärte, drüben werde es von Tag zu Tag schlechter. **80 Prozent von dem, was Lenin-Trotzki für die Arbeiter geschaffen, hat Stalin ihnen genommen.** Es gibt keine Kleider, es gibt nichts zum Essen, die Arbeiter leiden zum Unterschied von der Bureaukratie, die sichs sehr gut gehen läßt, bittere Not. Er, für sich, ziehe es vor, lieber hier arbeitslos zu sein. Er erklärte weiters, daß nach dem Eindruck, den er gewonnen, Stalin längstens **in einem Jahr gestürzt sein werde. Die Linke Opposition sei riesig stark. Wenn die russischen Arbeiter unter sich sind, sprechen sie von Stalin so wie die italienischen Arbeiter von Mussolini.** Man hört nur immer: **«Wenn Lenin noch leben würde!»** oder **«Trotzki muß zurück!»** Bei den ersten Arbeitern, die aus Rußland zurückkamen, ist es den Stalinisten noch gelungen, die Arbeiterschaft zu täuschen, indem sie diese Arbeiter des Diebstahls bezichtigte oder als untauglich zur Arbeit darstellte. Jetzt gelingt ihnen diese Methode nicht mehr. Die meisten, die von hier nach Rußland sind, waren arbeitslos, manche sogar ausgesteuert und trotzdem kommen sie zurück. Gen. Parlitsch, der so mutig den Arbeitern die Wahrheit über das Wesen Stalins schilderte, gehört nicht der Linken Opposition an, auch nicht der KP, aber er sprach im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die Arbeiter verließen die Versammlung mit dem Bewußtsein, von der Stalinbureaukratie belogen und betrogen worden zu sein. Die Linksopposition muß sie wieder aufrichten und auf den Weg von Marx und Lenin zur Gesundung der Partei, zu Erfolg und Sieg führen.

Ein Leobener Arbeiter.

Demonstration in Leoben

Nieder mit dem Krieg im Fernen Osten! Kriegsgefahr in Europa! Der Faschismus im Vormarsch! Arbeiter, demonstriert mit uns gegen Krieg und Faschismus! So verkündeten riesige Plakate der Partei, Hunderte von Flugblättern wanderten von Hand zu Hand. Furchtbar ist das Elend in Obersteiermark. Verhungerte, abgerissene Proleten laufen auf der Straße herum, bettein um ein Stück Brot, um ein paar alte Fetzen. Doch zu der Demonstration auf dem Hauptplatz kamen — vierzig Personen. Gut angefressene Bürger stehen in ihren warmen Mänteln und Pelzsakkos herum, lachen, verhöhnen das Proletariat in seinem Verzweiflungskampf um Arbeit und Brot. Einer sagt zum anderen: Hitler hat ordentlich aufgeräumt mit diesen Hunden. Faschisten provozieren. Proleten stehen daneben, rühren sich nicht, schauen den ausgefressenen Burschen ins Gesicht und denken sich, könnte ich mich doch auch einmal so satt essen. 1930, da größtenteils wir noch in der Partei die Demonstrationen organisierten, da kamen die Arbeiter, wenn wir sie riefen, zu Hunderten und wann der Referent schloß, da stellten sie sich alle in Reih und Glied, die Genossen aus St. Michael, Trofaiach usw. Und heute — 40 Arbeiter: bei einer Erwerbslosenarmee in Leoben von 7000, ohne die Ausgesteuerten! 40 Proleten marschieren, von Gendarmerie flankiert, sie rufen «Nieder mit Krieg, Faschismus, gebt uns Arbeit und Brot!» Faschisten lachen, provozieren, Arbeiter stehen herum, als würden sie von all dem nichts verstehen, als ginge es sie nichts an. Warum gehen die Arbeiter nicht mit, warum demonstrierte im Jahre 1930 eine viel größere Zahl von Arbeitern mit uns? Diese bohrende Frage hämmert mir im Kopf. Da kommt **ein Genosse der Partei zu mir, dem Linksoppositionellen, und sagt: «Genosse, Ihr habt doch recht, so geht es nicht mehr weiter. Wir müssen euch zurückrufen in die Partei und uns umstellen auf eine neue Taktik.»** Ja, auf die Taktik Lenins, sagte ich, und wir werden wieder marschieren, nicht vierzig, sondern hunderte und tausende.

H. K.

Arbeiterkulturbund „Spartakus"

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus

Bildungsabend: Montag, den 6. März, im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, 19.30 Uhr.

5. März: Zusammenkunft 14 Uhr, Endstation Neuwaldegg. Treffpunkt ½5 Uhr Sophienalpe.

12. März: Zusammenkunft 14 Uhr, Endstation Pötzleinsdorf. Treffpunkt, 16 Uhr, Hameau.

19. März: Zusammenkunft 14 Uhr Endstation Strebersdorf. Partie nach Hagenbrunn.

Stalinsche Gewerbepartei

Durch Preisgabe proletarischer Interessen sucht der Stalinsche Opportunismus an die Gewerbetreibenden heranzukommen. Wir haben wiederholt aufgezeigt, daß die Stalinsche Losung «Schluß mit den Exekutionen!» in dieser Allgemeinheit proletarische Interessen verletzt, indem sie z. B. so und so viele proletarische Alimentationsrechte preisgibt. Sogar die Gewerbetreibenden selbst (siehe «R. F.», 14. Februar) verlangen nur die «Einstellung von Exekutionen auf Steuerrückstände», eine Forderung, die wir unterstützen, indem wir sie ergänzen durch die Losung «Verschärfte Besteuerung der Kapitalisten!» Der Stalinismus übertrumpft im kleinbürgerlichen Radikalismus die Kleinbürger selbst.

Tomans Linie

Nun hat auch die «R. F.» darauf hingewiesen, daß Toman die SP. überhaupt nicht kritisiert, ja sich von ihr überhaupt nicht abgrenzt. Das geht nun so schon mehr als sechs Monate. Diese Tatsache ist politisch ein voller Beweis, daß Toman sich zumindest den Weg zur SP. offen hält. Daß er den Stalinismus nicht angreift, ist kein Gegenbeweis. Denn auch die SP. greift den Stalinismus nicht an. In der letzten «Arbeiter- und Bauernstimme» (Nr. 5) geht nun Toman politisch zur positiven Unterstützung der SP. über. Die Sozialdemokratie bezeichnet er als «proletarische Partei», als «die andere Arbeiterpartei». Ohne ein Wort über die verräterische Rolle der SPD. zu sagen, gibt er die Schuld, daß die Dinge in Deutschland so gekommen sind, der KPD. In der Frage der Einheitsfront schwebt er über den «beiden proletarischen Parteien» nach dem Muster des «Abend» und fördert von dieser «objektiven» Position aus den sozialdemokratischen Schwindel mit der Einheitsfront. **Alle Genossen, an die die Toman-Fraktion herantritt, müssen von ihr verlangen, sich öffentlich unzweideutig von der SP. abzugrenzen. Solange das die Toman-Franktion nicht tut, muß sie es sich gefallen lassen, sich als Werkzeug der SP. zur Zersetzung der Kommunistischen Partei bezeichnen zu lassen.**

Aus der Bauarbeiterbewegung

Die Demonstration der Bauarbeiter am 24. Februar wurde verboten. Es wurde nur eine Versammlung abgehalten, die verhältnismäßig schwach besucht war. Honner als Referent verzapfte nur Phrasen, so daß sogar ein kommunistisches Parteimitglied das Referat Honners öffentlich als mangelhaft bezeichnete. Zur Wahl eines Aktionskomitees forderte der Vorsitzende auf, nur neue Genossen zu wählen, die sonst nirgends Funktionen bekleiden, mit einem Wort Unerfahrene. Die Vorschläge gingen so vor sich, daß einer dem anderen zurief: «Du kannst die Funktion nehmen, Du hast eh nie was gemacht!» Diese Vorschläge wurden vom Vorsitz entgegengenommen und zur Abstimmung gebracht. Wenn dann die Bauarbeiter zu ihrem Kampf die Massen nicht organisieren können, dann sollen sie sich bei der RGO-Leitung bedanken, die auf diese Weise Komitees wählen läßt. **Man wollte nach «bewährter Generallinie» auch Nazis ins Komitee wählen, doch die Mehrzahl der Bauarbeiter war dagegen.** Genosse König erklärte: Lieber lasse ich mich von der RGO ausschließen, bevor ich zustimme, daß Nazis ins Komitee kommen. Wäre er Parteifunktionär, so hätten ihn die Stalinbürokraten abgesetzt oder gar ausgeschlossen. Ansonsten erging sich die Diskussion hauptsächlich in Lamentationen, daß von 20 000 Bauarbeitern nur 200 anwesend sind. Es wurde in der «Arbeiter-Stimme» die Lage der Bauarbeiter schon des öfteren besprochen, doch kann eine Zeitung, die nur 14tägig erscheint, begreiflicherweise nicht so gründlich Stellung nehmen, wie es nötig wäre. Vieles ist noch aufzuzeigen und vieles kann nicht oft genug wiederholt werden. Die Arbeiter vergessen leicht die Fehler und Erfahrungen, die gemacht wurden. Besonders vergessen sie darüber nachzudenken, wer schuld daran ist, daß sich Jahr für Jahr, wie zum Beispiel bei uns Bauarbeitern dieselbe Situation ergibt, daß die Kommunistische Partei Jahr für Jahr immer von neuem beginnt, die Arbeiter zur Aktivität zu mahnen und eine Organisation aufzubauen. Ihr (die Stalinbürokraten! Die Red.) werft den Bauarbeitern Gleichgültigkeit vor, in Wirklichkeit seid Ihr es, die die Anstrengungen der Bauarbeiter durch die falsche Generallinie Jahr für Jahr zunichte und so die Bauarbeiter gleichgültig machen. Diese gleichgültigen Bauarbeiter sind die Beweise Eurer Schuld! Sebek, Rauch und König forderten die Bauarbeiter auf, nicht so viel zu reden, sondern zu kämpfen. Nun, es war schon einigemale so weit, daß ein erheblicher Teil der Bauarbeiter kampfbereit war. Da habt Ihr nur geredet und solange geredet, bis die ganze Kampfbegeisterung wieder einschlief. Ihr wußtet keinen Rat, weil die stalinsche Linie keinen Rat weiß, sondern nur «radikale» Phrasen. Der Stalinismus lähmt die Kommunistische Partei, dadurch die Bauarbeiter, die ganze Arbeiterschaft. **Helft der Linksopposition die KP gesunden und die Partei wird Rat wissen, wird euch den Weg erfolgreichen Kampfes führen.**

Ein Bauarbeiter

Zu dem in Nr. 120 veröffentlichten Artikel «Stalinschwindel mit Kapitulanten» **erhalten wir von B. Grad folgende Berichtigung.**

Sie schreiben: «Nach zehnjähriger Passivität schloß er (Grad) sich uns an.» Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich nicht zehn Jahre passiv war und mich daher nicht nach zehnjähriger Passivität angeschlossen habe. Sie schreiben ferner: «Keine ernste Arbeit leistend, fabrizierte er (Grad) hinter unserem Rücken «Kritik» in Form einer von Lügen strotzenden «Plattform», die er nach Belügung der Grazer Genossen hinter unserem Rücken ...» **Die in diesen Satze enthaltenen Behauptungen sind unwahr.** Wahr ist, daß ich ernste Arbeit geleistet, daß die Plattform keine einzige Lüge enthält, ich daher nicht eine von Lügen strotzende Plattform fabrizierte und daß ich die Grazer Genossen nicht belogen habe. Ferner schreiben Sie: «Vor das Parteigericht gestellt, kniff Grad aus». Diese Behauptung ist ebenfalls unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich nie vor ein Parteigericht gestellt wurde und daher auch nicht ausgekniffen bin».

Nach dem bürgerlichen Preßgesetz sind wir verpflichtet, jede Berichtigung, sofern sie in der Form richtig ist, zu veröffentlichen, mag auch deren Inhalt von Anfang bis zum Ende unwahr sein. In der Tat ist die vorstehende Berichtigung vom Anfang bis zum Ende das Gegenteil von der Wahrheit. Wir halten all das, was wir zum Fall Grad geschrieben haben, in seiner Gesamtheit und in allen Einzelheiten aufrecht. Es genügt übrigens, auf einen Punkt zu verweisen. Grads Berichtigung gleitet hinweg, streitet also nicht ab, daß er «Kritik» hinter unserem Rücken geübt, daß er die «Plattform» hinter unserem Rücken fabriziert und sie hinter unserem Rücken an Gen. Trotzki geschickt, also nach typischer Intrigantenmethode gehandelt hat.

★ ★ ★

An die
Redaktion der «Arbeiter-Stimme».

Werte Genossen!

Genossen unserer Organisation, an die Grad einen Brief in seiner Angelegenheit gerichtet hat, haben uns beauftragt, dazu wie folgt auch in ihrem Namen Stellung zu nehmen:

1. Was die «Arbeiter-Stimme» zum Falle Grad geschrieben hat, ist Wort für Wort wahr und war Beschluß der Oppositionsleitung. Wir drei waren Mitglieder des siebengliedrigen Parteigerichtes, das den Fall Grad geprüft hat und vor dem er unter erwiesen lügnerischer Ausflucht ausgekniffen ist.

2. Entgegen dem, daß sich Genosse Frey wiederholt für Grad eingesetzt hat, hatten und haben die aktiven Genossen der Organisation zu Grad kein Vertrauen, schon allein deswegen, weil er deren Vertrauen nie gesucht hat, sondern seine Rechnung setzte auf Schmeicheltaktik in bezug auf Genossen Frey *). Als das nichts nützte, griff Grad zur Intrige.

3. So wie alle Leute seines Schlages greift auch Grad zu der Methode, auf Frey loszuschlagen. Wir kennen diese Methode. Wir würden wünschen, daß in jeder Organisation die Demokratie herrschen würde wie in unserer.

Wir können niemanden hindern, uns Arbeiter als «Barrierestöcke» eines «Häuptlings» einzuschätzen, aber wir können allerdings jedem, der sich wie Grad erfrecht, unsere Organisation zu schädigen, über die Finger klopfen. Wir kennen die Parteigeschichte, wir kennen die Vergangenheit der Genossen und besonders genau den Entwicklungsgang des Gen. Frey. Wir haben in den langen Jahren schwerster Enttäuschungen Menschenkenntnis gesammelt und in Theorie und Taktik gelernt. Möge Grad über uns Arbeiterkommunisten als «Barrierestöcke» die Nase rümpfen — das charakterisiert Leute dieses Schlages — wir gehen über sein dumm-freches Briefmachwerk zur Tagesordnung über, so wie wir zur Tagesordnung übergegangen sind über den dummdreisten Lügner und Intriganten Grad.

Mit kommunistischem Gruß!

L. Beran. M. Stiptschitsch. F. Fibi.

*) Wie sich Grad die Demokratie in der Organisation vorgestellt hat, geht z. B. aus folgendem hervor: Er verlangte wiederholt vom Gen. Frey kurzerhand, in die Leitung aufgenommen zu werden. Als ihn dieser darauf verwies, daß dazu unbedingt nötig sei, das Vertrauen der Genossen zu gewinnen durch aktive ernste Arbeit, meinte der Parteidemokrat B. Grad immer wieder: «Aber gehn S', das kommt nur auf Sie an, die Leute machen ja nur, was Sie wollen ...»

Aus der Opposition

Wie wir am 27. Februar erfuhren, hat Anfang Februar eine Vorkonferenz der ILO sich unter anderem auch mit der Frage der LO in Oesterreich befaßt, allerdings ohne Kenntnis der wahren Sachlage. Es wird sich Gelegenheit finden, aufzuzeigen, daß die Dinge anders stehen als die Genossen der ILO vermeinen. Bis dahin behalten wir uns die öffentliche Stellungnahme vor.

Leitung der K. P. Oe. (Linksopposition).

Erklärung

Bin seit 1931 Mitglied der KP. War, soweit es mein Beruf erlaubte, aktiv tätig. Klerikal erzogen, war es für mich nicht leicht, mich zum Kommunismus durchzuringen. Die Vorgänge im 18. Bezirk im vergangenen Jahre, wo man auf einmal aktive Parteimitglieder als Konterrevolutionäre beschimpfte, weil sie nur zu berechtigte Kritik übten, und aus der Partei ausschloß, hat mich schwer betroffen. Ich hatte bei meinem Beruf als Meierei-arbeiter nicht die Zeit, mich politisch richtig zu schulen, und verzweifelte daher an der Sache überhaupt, weil ich die tieferen Gründe, welche zu diesen Zustand in der Partei führen, nicht erkennen konnte. Zuletzt haben mich die Ereignisse in Deutschland erschüttert. Hat man uns doch in unserer Partei die KPD und die Lage derartig hingestellt, daß es jedes ehrliche Mitglied für unmöglich halten mußte, daß gerade in Deutschland der Faschismus seinen Weg ungehindert gehen könne. Genossen der Linksopposition haben mich wieder aufgerichtet, indem sie mir die Ursachen des Versagens der Partei politisch erklärten und mich zur Erkenntnis brachten, daß für den Kampf der Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist die Gesundung der KP. Ich habe mich überzeugt, daß dies nur möglich ist durch den Kampf in den Reihen der Linksopposition, die sich die Aufgabe gestellt hat, die denkenden, vorgeschrittenen Arbeiter um sich zu sammeln.

Stefan Bartl (Zelle Währing).

Bildungsabend: Montag, den 6. März, im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, 19.30 Uhr.

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11.

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI. Hasnerstraße 50.

Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksorganisation XX. Jeden Dienstag um halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal.

Bezirksorganisation XXI Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Ruchelgasse 52.

Preßfonds: XXI B — 1 S, B noch 1 S.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Linksopposition): Max Stiptschitsch, Arbeiter, Wien, XVI., Sauergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.